

»Leichter, eine ›schmutzige Atombombe‹ zu bauen«

Nicht schwer zu stehlen: Umweltschützer warnen vor Nuklearmaterial hinter Maschendrahtzäunen. Ein Gespräch mit Udo Buchholz

Nachdem die Terrorgruppe ISIS laut Agenturmeldungen im Nordirak offenbar Nuklearmaterial erbeutet hat, warnt der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU): Auch hierzulande liege Nuklearmaterial offen herum. Wie kommen Sie darauf?

Ich selber wohne nah an der deutschen Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau, etwa einen Kilometer Luftlinie entfernt: Hier wird hochgefährliches Uranhexafluorid in Containern unter freiem Himmel gelagert – nicht nur 40 Kilogramm, wovon im Nordirak die Rede ist. In dem »Freiluftlager« dürfen über 40 000 Tonnen nukleares Material gelagert werden; ohne Schutz vor Diebstahl oder Sabotage. Die Container sind weder von Betonzäunen noch Wassergräben umgeben, sondern von Maschendraht umzäunt: wie Hühnergehege mit einer einfachen Kneifzange zu knacken. Von Sicherheitseinrichtungen kaum eine Spur, nur einige Männer vom Werksschutz. Wer es darauf anlegt, könnte ungehindert eindringen, Sprengsätze anbringen oder mit Granaten die Container zerstören. Die Antiatombewegung weist schon seit langem darauf hin, daß das Gelände gegen Flugzeugabstürze nicht geschützt ist. In Relation zu diesen und anderen weltweiten Uranbeständen wirken die im Nordirak dort entwendeten 40 Kilo nicht sonderlich gefährlich, können aber sehr wohl erhebliche Verseuchungen verursachen.

Wo könnte in der BRD noch Nuklearmaterial entwendet werden?

Auch in der etwa 40 Kilometer entfernten Brennelementefabrik Advanced Nuclear Fuels GmbH (ANF) la-

Udo Buchholz ist Vorstandsmitglied des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

gern nach meiner Kenntnis gefährliche atomare Stoffe unter freiem Himmel: Tonnenschwere Container sind nicht per Diebstahl zu entwenden, wie die 40 Kilogramm des an der Universität von Mossul gelagerten Urangemischs. Sie können aber zerstört werden. Für sogenannte schmutzige Atombomben ist weder angereichertes Uran noch Plutonium erforderlich. Schon mit relativ geringen Nuklearmengen sind sie herzustellen. Das erforderliche Material ist oft schlecht gesichert. Technisch ist es leichter, eine »schmutzige Atombombe« zu bauen als eine »echte«. Auch hierzulande kann Material in Forschungseinrichtungen, Industrieanlagen oder Krankenhäusern entwendet werden, wie im Nordirak. In vielen Bundesländern gibt es Sammelstellen für Nuklearabfälle – oder auch Forschungsreaktoren. Es gilt zu prüfen, wie sie gesichert sind.

Ist all dies eine neue Entwicklung?

Nein, die Antiatombewegung warnt seit Jahren, daß solches Material in falsche Hände geraten kann. Der BBU verurteilt jede militärische Nutzung von Uran und Plutonium und fordert, alle Atomkraftwerke und -fabriken sofort stillzulegen. Weiterer Atom Müll, der zur Waffenproduktion verwendet werden kann, darf nicht produziert werden.

Wer ist für die Zustände in Gronau verantwortlich?

Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen, besonders das SPD-geführte Wirtschaftsministerium: Dort

verläßt man sich auf verharmlosende Auskünfte des Betreibers Urenco, der mit der Urananreicherungsanlage Gronau einer der größten Atommüllproduzenten Deutschlands ist. Die Anlagen seien flach, rundherum stünden Bäume, das soll angeblich helfen. Wir sehen die rot-grüne Landesregierung in der Pflicht, diese Anlage zu stoppen, wie im Koalitionsvertrag angekündigt. Statt dessen plant sie, ab 2015 Material aus Frankreich zurückzunehmen. Rücktransporte werden quer durch die Republik, durch Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen führen; keiner kennt die genaue Strecke, vermutlich an Städten wie Köln, Düsseldorf und Bonn vorbei. Die Inbetriebnahme der gegen Flugabstürze nicht gesicherten Lagerhalle wird NRW wohl genehmigen, weil man mögliche Schadenersatzklagen zu fürchten scheint. Was liegt näher, als aus wirtschaftlichen Gründen die berechtigte Angst der Bevölkerung wegen der Gefahrenlage hintanzustellen. Hinzu kommt: Die Energiekonzerne RWE und E.on wollen ihre Anteile am Urankonzern Urenco verkaufen. Wir befürchten, daß dann ein Konsortium als Käufer auftreten könnte, wohinter dubiose – an militärischer Nutzung interessierte – Staaten stecken: keine Debatte weit und breit.

Wieso ist von der Antiatombewegung nichts zu hören, wenn die Gefahrenlage so brisant ist?

Proteste gibt es in Gronau immer wieder. Am 3. August werden wir mit der Friedensbewegung eine gemeinsame Kundgebung abhalten; um Druck auf die Landesregierung auszuüben.

Interview: Gitta Düperthal